

54. Arbeitstagung des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa vom 31.7.-3.8.2017 mit dem Thema „Christen unter totalitärer Herrschaft in Südosteuropa von 1945 bis ca. 1960“

MARCO BOGADE / ROBERT PECH

Vom 31. Juli bis 3. August 2017 fand die 54. Arbeitstagung des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa (IKKDOS, vormals Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte) im Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm statt. Wie angekündigt, setzte sie die 2016 in Bad Kissingen begonnene Thematik fort,¹ nunmehr für den geographischen Raum Südosteuropa. In Rückschau auf die letztjährige Konferenz, die methodisch ähnlich die Länder Ostmitteleuropas untersuchte, wurde im Ergebnis deutlich, dass für eine komparative wissenschaftliche Betrachtung der Fokus gerade auch auf das südöstliche Europa gerichtet werden muss. Der zeitliche Rahmen blieb folglich unverändert; Berücksichtigung fanden auch diesmal kleinere christliche Religionsgemeinschaften unter kommunistischer Herrschaft wie die Zeugen Jehovas in Ungarn.

In seiner Einführung wies Rainer Bendel (Tübingen) darauf hin, dass sich Qualität und Intensität der Repressionsformen diktatorischer politischer Systeme auf christliche Gruppen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur auf der Zeitachse veränderten, sondern auch regionale Spezifika aufwies, wobei sich durchaus das Phänomen der herrschaftsnäheren und herrschaftsferneren Gruppen beobachten lässt. Für einen interdisziplinären Ansatz sei es vor allem notwendig, die Reaktionen auf Repression wie Permission im Alltagsleben zu untersuchen und zu vergleichen, und dies innerhalb der Pole Resignation und Kooperation/Kollaboration. Daneben sei das Mittel sozialen Handelns zu analysieren, nämlich die Kommunikation: Anleihen aus dem religiösen Bereich wurden hier auf vielfältige Art vorgenommen, um letztlich eine politische (Ersatz-)Religion zu schaffen.

Klaus Buchenau (Regensburg) kontrastierte im Abendvortrag des ersten Tagungstages die Beziehungsgeschichte von Christen und Kommunisten, indem er diese eben nicht als ausschließliche Konfliktgeschichte darstellte. In der Forschung hänge es von der eingenommenen Perspektive ab, zu welchem Urteil man letztlich komme. Der essentialistische Religionsbegriff betone den unvermeidlichen Konflikt von angreifendem Staat und sich verteidigender Kirche; der funktionalistische Ansatz (Durkheim, Luhmann) hingegen weise der Religion eine soziale Funktion zu. Nimmt man diesen

¹ Der Tagungsbericht über die 53. Arbeitstagung in Bad Kissingen findet sich in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 74 (2016), 301-313. – Tagungsbericht: Christen unter totalitärer Herrschaft von 1945 bis ca. 1960 in der SBZ/DDR, Polen, der Ukraine und der ČSSR, 07.08. 2016-10.08. 2016 Bad Kissingen, in: H-Soz-Kult, 12.01.2017, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6926 (9.11.2017).

Blickwinkel ein, so ist gerade für die frühe sowjetische Kultur eine starke Betonung ihres religiösen Charakters immanent, in ihrer Formsprache waren die Kommunisten bewusst nicht weit weg von christlicher Symbolik. Dieser sakrale Anstrich des politischen Bereichs liege begründet in der Intention Stalins, die breite wie gläubige Schicht der Bauern kommunistisch zu durchdringen. Dementsprechend prozessionsartig fielen die sozialistischen Massenfeste bzw. Umzüge in den 1920er-Jahren aus. Freilich fand zugleich eine brutale Verfolgung der Kirchenhäupter statt, dieser militante Atheismus wurde erst im Zuge des Zweiten Weltkriegs durch eine gemäßigtere Kirchenpolitik ersetzt und mündete Anfang der 1950er-Jahre in einen wissenschaftlichen Atheismus. Religion war von da an „falsches Denken“, das nicht mehr per se schädlich war, sondern durch die Modernisierung der Gesellschaft samt deren Verwissenschaftlichung schlicht überflüssig werden sollte. Was blieb, war eine vor allem bürokratische Gängelung der Amtskirche; die nunmehr wissenschaftliche Religionskritik konnte aber in die Satellitenstaaten exportiert und die Russisch-Orthodoxe Kirche als Instrument der Außenpolitik installiert werden. Salopp gesagt, so der Referent, war ein Heranwachsen der Sowjetunion zur Supermacht nur über eine gemäßigtere Religionspolitik möglich. In den Volksrepubliken Südosteuropas wurde gegen Religion im Rahmen der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern gearbeitet: In Jugoslawien ging man gegen solche religiösen Akteure vor, denen politische Kollaboration mit dem Faschismus vorgeworfen wurde, zu nennen ist der Schauprozesse gegen Alojzije Stepinac (1898-1960) im Herbst 1946. Auch sind für Südosteuropa starke, geradezu sakrale Personenkulte auszumachen, in Rumänien um Nicolae Ceaușescu (1918-1989), in Albanien um Enver Hoxha (1908-1985). In Jugoslawien hingegen verzichtete man auf eine offensichtliche Sakralisierung Titos und orientierte sich bei der Inszenierung seiner Person an amerikanischen Präsidenten. Personenkulte haben in Südosteuropa nur in den Staaten bestanden, die im Blocksystem eine halbwegs autonome Position von Moskau einnahmen, folgte der Referent. Ihre jeweiligen Führer sollten als selbstständige Persönlichkeiten dargestellt werden. Buchenau ließ weitere Punkte folgen, die der Sichtweise einer ausschließlichen Konfliktkonstellation zuwiderlaufen: Die Vollendung des Nation Building durch die kommunistischen Regierungen, die wiederum den Anteil der Religion der Titularnation daran hervorhoben, beispielsweise in Bulgarien und Rumänien. In einem – im Unterschied zu Mitteleuropa mit seiner Verstädterung – vornehmlich ländlich geprägten Raum samt bestimmten Glaubensvorstellungen wurzelten zudem auch die kommunistischen Eliten in der vorrevolutionären bäuerlichen Kultur, wiederum fiel hier der Name von Nicolae Ceaușescu. Ebenso gebe es Beispiele für Fraktionierungen ideologischer Art in den Reihen der Kommunisten sowie der Kirche auch innerhalb eines Landes. In Jugoslawien sah sie sich einmal als „Kirche der Leiden“ und folgte damit dem Stepinac-Diskurs, die bosnischen Franziskaner suchten gleichzeitig einen Modus Vivendi mit Tito. In der Erinnerung, damit schloss der Referent, verschmelzen in den nunmehr liberalen kompetitiven Gesellschaften kirchliche wie kommunistische Gegensätze zu einer Synthese, nämlich Bescheidenheit und Einsatz für die Gemeinschaft. Damit verschwinden konfliktsive Elemente beider Strömungen, was eine Verwertbarkeit für die politische Propaganda – so geschehen auf dem Majdan in Kiew – ermöglicht.

Alexandar Jakir (Split) eröffnete am zweiten Tagungstag die Sektion zu Jugoslawien mit einem Blick auf die Religionspolitik in Kroatien und dem Verhältnis von Staat

und katholischer Kirche zwischen 1945 und 1960. Die historischen Grundzüge in Südosteuropa waren im Vergleich zu Mitteleuropa gekennzeichnet durch eine Verspätung der Säkularisierung, Verzögerung bei der Urbanisierung und Alphabetisierung, weshalb unter anderem in Kroatien ein tief verwurzelter Volkskatholizismus vorhanden war. Umso radikaler und tiefer sei die Zäsur von 1945 einzuschätzen, wobei bereits der Zweite Weltkrieg ein vielschichtiger, von ideologischen Linien durchzogener Krieg gewesen wäre. Die siegreichen Kommunisten strebten eine Umgestaltung der Gesellschaft nach zunächst stalinistischem Vorbild an. Das beinhaltete eine „Abrechnung“ mit „Volksfeinden“ unter Anwendung massivster Gewalt, die sich auch gegen die katholische Kirche richtete, was nach Meinung des Referenten in der einschlägigen deutschsprachigen Fachliteratur nur ungenügend dargestellt werde. Das stehe in einem Widerspruch zu den mittlerweile zahlreich vorhandenen faktographischen Darstellungen. So sei die Rolle der katholischen Kirche im Unabhängigen Staat Kroatien nach neuester Forschung differenzierter zu sehen, pauschal lasse sich der Vorwurf einer Kollaboration des Klerus mit dem Ustascha-Regime nicht halten, gleichwohl Antikommunismus und Unterstützung für einen kroatischen Nationalstaat in diesem Milieu vorherrschten und mittels Publizistik an die Gläubigen kommuniziert wurden. Allein 118 katholische Priester unterstützten aktiv die „Volksbefreiungsbewegung“ unter Führung der Kommunistischen Partei während des Krieges, 43 katholische Priester starben als Mitglieder des antifaschistischen Widerstands, einige Geistliche brachten sich auch nach Kriegsende aktiv in die Volksfront ein. Generell ließ die Kommunistische Partei an ihrem antiklerikalen Kurs aber keinen Zweifel, was sich auch an der belegbaren Zahl an Priestermorden ablesen lasse. Zu sehr fürchtete man in kommunistischen Kreisen eine Konkurrenzinstitution, die den Kristallisationspunkt einer möglichen Opposition hätte bilden können. In der gegenseitig ideologisch geprägten Auseinandersetzung sah unter anderem der Erzbischof von Zagreb, Alojzije Stepinac, im ausgeprägten Materialismus eine Gefahr für die Kirche; trotzdem war er zu einer Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime bereit. Dass er dennoch verurteilt wurde, nachdem er die Enteignung der Kirche wie Titos Idee einer Nationalkirche Los-von-Rom angeprangert hatte, zeige, so der Referent, wie klar das kommunistische Regime die katholische Kirche als Volksfeind betrachtete, mit dem man „abzurechnen“ hatte. Noch 1953 kam es zu tätlichen Angriffen gegen zahlreiche Bischöfe im Land, Gerichtsprozesse wurden noch bis hinein in die 1960er-Jahre geführt.

Bogdan Kolar (Ljubljana) führte die Situation der slowenischen Katholiken in Jugoslawien aus, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen Konflikt und Konformität bewegt haben. Zunächst befand sich unter den Opfern der kommunistischen Konstituierung im Sommer 1945 eine Menge an Priestern und Ordensleuten, zudem flüchteten zahlreiche Menschen nach Italien und Österreich und von dort weiter nach Argentinien. Das Verhältnis von Staat und Kirche war von nun an geprägt durch den Vorwurf, die Partisanenbewegung abgelehnt und zugleich mit den Faschisten kollaboriert zu haben. Die auch in anderen Volksdemokratien zum Zuge kommenden staatlichen Drangsalierungen waren die Folge: Schauprozesse, Konfiskationen, vielfältige Isolation, Schließung religiöser Schulen, Zerstörungen von Denkmälern und Gebäuden etc. Auf der anderen Seite wurde im September 1949 auf Initiative der jugoslawischen Geheimpolizei (Uprava državne bezbednosti – UDBA) der Priesterverein „Cyrill und Method“ gegründet mit dem Ziel, herrschaftsnäheren katholischen Priestern überhaupt ein geistliches Leben zu ermöglichen und gleichzeitig an das Regime zu binden. Bis 1953

blieb der Apostolische Nuntius in Belgrad der einzige Verbindungsknoten nach Rom; erst nach 1960 entspannte sich die Situation für den Klerus, die Laien hingegen sahen sich nun vermehrt staatlichem Druck ausgesetzt.

Vatroslav Župančić (Zagreb/Tübingen) gab einen umfassenden Überblick über die Repressionsgeschichte der deutschen Protestanten in Jugoslawien um 1945. Gewissermaßen stellvertretend für die – aus kommunistischer Sicht – Nähe aller Deutschen zum NS wurde der Bischof der Evangelischen Kirche in Jugoslawien, Philipp Popp (1893-1945), nach dem Sieg der kommunistischen Tito-Partisanen verhaftet und wegen angeblicher Kollaboration – Kontakte zu NS-Organisationen wie zu dem Schwäbisch-Deutschen Kulturbund und der Ustascha – zum Tode verurteilt. Nach Lesart der Partisanenbewegung war derjenige aus der deutschen Minderheit, der keinen offenen Widerstand leistete, als Kollaborateur anzusehen. Demgemäß wurde auch die evangelische Kirche zu einer „feindlichen deutschen faschistischen Organisation“ erklärt, ihr Eigentum beschlagnahmt. Edgar Popp (1920-2015) organisierte die wenigen verbliebenen evangelischen Deutschen neu; er wurde allerdings seinerseits vom Geheimdienst bedrängt und zur Kooperation aufgefordert. Die aus Jugoslawien Geflüchteten kamen über österreichische wie deutsche Flüchtlingslager vornehmlich in den süddeutschen Raum. Außerdem gründete sich das Hilfskomitee für die deutsche Evangelische Landeskirche in Jugoslawien unter dem Vorsitz von Franz Hamm (1900-1988), für die die badische Landeskirche die Patenschaft übernahm. Die Motive für die Bedrängnis der evangelischen Kirche bündelte der Referent final in den drei Punkten: Erstens war sie gegen die Ideologie des Kommunismus gerichtet, zweitens war sie eine deutsche Kirche und drittens war sie eine Kirche der Intellektuellen.

Zu Beginn der Sektion über Ungarn arbeitete Eszter Cúthné Gyóni (Budapest) verschiedene Phasen des katholischen Lebens im kommunistischen Ungarn heraus. Die unmittelbare Nachkriegszeit bis 1949 war politisch davon geprägt, als Teil der sowjetischen Einflussphäre ein kommunistisches Ein-Parteien-System in Ungarn zu schaffen, in dem – wie auch andernorts – christliche Religion wie Amtskirche als der ideologische Feind erachtet wurde. Gegen den Klerus wurden folglich Gerichtsprozesse eingeleitet, darunter auch gegen die Symbolfigur des christlichen Widerstands kontra die Diktatur, Kardinal József Mindszenty (1892-1975). Bis 1956 nahmen während der stalinistisch geprägten Zeit unter Mátyás Rákosi (1892-1971) die Repressionen vor allem gegen die katholischen Orden deutlich zu. In der Kádár-Ära ab 1957 verschärfte die Regierung nicht nur die antiklerikalen Maßnahmen, die in einer Serie von Gerichtsprozessen (1961/62) gipfelten, sondern sollte die Gesellschaft auch zusehends in ein passives Verhältnis zur Kirche treten, um die staatliche Kirchenpolitik ohne gesellschaftliche Vibrationen umsetzen zu können.

Die Geschichte der Zeugen Jehovas in Ungarn, der sich Éva Petrás (Budapest) annahm, reicht zurück bis in das ausgehende 19. Jahrhundert. Die Referentin legte dar, dass diese religiöse Gemeinschaft während des Zweiten Weltkriegs der Verbreitung kommunistischer Ideen angeklagt war und dann nach 1945 unter dem Verdacht stand, Sympathisanten kapitalistischer, vor allem US-amerikanischer Ideen zu sein. Die Vereinigung war – auch zu der Zeit der „Lockerung“ der antireligiösen Politik in den 1960er-Jahren – bis 1989 verboten; es fanden Schauprozesse statt, zahlreiche Mitglieder wurden verhaftet. Trotz dieser „Sündenbock-Politik“ des Staates blieben die Zeu-

gen Jehovas beharrlich bei ihrem Bekenntnis und fanden Strategien für ihren Fortbestand.

Einer der personell am stärksten besetzten Orden in Ungarn waren die Jesuiten. Wie Gábor Bánkuti (Pécs) zeigte, waren die Jahre zwischen 1949 und 1953 eine Hochphase der Verhaftungen jesuitischer Geistlicher, die gar unter den Betroffenen der Kirchenverfolgung überrepräsentiert waren. So wurde 1949 der Provinzial verhaftet und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, eine Zwangsaussiedlung der Mönche sowie eine regelrechte Internierungswelle folgten. Die Grundlagen dafür, als Orden zu funktionieren, wurden von staatlicher Seite genommen; was sich etablierte, war eine Art Katakombenkirche, geplant war zudem eine dem Heiligen Stuhl unterstehende und im Untergrund wirkende Missionsorganisation. Nach der Verhaftung des vierten Provinzials innerhalb von sieben Jahren änderte der Orden seine Taktik: Nunmehr sollte ein Dialog mit dem Unterdrückungsapparat Politische Polizei eingegangen werden, die ihrerseits den Orden zersetzen wollte. Wenn auch in den 1960er-Jahren zahlreiche Ordensleute aus Ungarn emigrierten, bewahrten die Jesuiten doch ihre organisatorische Zusammengehörigkeit. In Rumänien war die Situation eine andere: Dort wurde der Orden im 20. Jahrhundert durch geopolitische und missionarische Intentionen des Heiligen Stuhls etabliert. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmte auch hier der kirchenfeindliche Kurs der kommunistischen Diktatur den Fortgang des Ordens: Dieser war zwar nicht direkt betroffen von der Verordnung, die das Wirken von 15 katholischen Orden verbot, wohl aber von der Vorgehensweise gegen die Griechisch-Katholischen. Die Jesuiten konzentrierten ihre Tätigkeit demnach auf zwei Felder: Sie organisierten die geheimen Pastorationen der griechisch-katholischen Gläubigen und leisteten mit den Franziskanern zusammen Gegenwehr in Betreff staatlicher Verfügungen. Praktisch unterhielten sie auch in Rumänien eine Katakombenkirche, wie der Referent festhielt.

Den Abendvortrag des zweiten Tagungstages übernahm Stefan P. Teppert, der sich einem Fallbeispiel aus dem „Donauschwäbischen Martyrologium“ widmete, nämlich P. Wendelin Gruber (1914-2002).² Die insbesondere durch die politische Zäsur von 1945 gezeichnete Biographie Grubers stellte der Referent umfassend dar: seine Nachkriegserfahrungen in den von den Partisanen für die deutsche Minderheit eingerichteten „Arbeitslagern“, beispielsweise Rudolfsnad, aber auch sein Aufenthalt in dem Zuchthaus von Mitrowitzta prägten das Leben des Jesuiten nachhaltig und führten ihn letztlich auch nach Brasilien, wo er in „donauschwäbischen“ Ansiedlungen seelsorglich tätig war.³

Der Themenschwerpunkt Rumänien musste leider ein paar kurzfristige Absagen verkraften, immerhin konnte das einführende Referat von Lucian Leustean (Birmingham) durch Robert Pech (Leipzig) vorgetragen werden. In diesem wurde ein speziell rumänischer Umgang mit der Religion deutlich: Die religiösen Gemeinschaften wurden vom Staat kontrolliert, während auf lokaler Ebene die Religiosität mit dem Erhalt der nationalen Identität verbunden wurde. Die Rumänisch-Orthodoxe Kirche, das

² Donauschwäbisches Martyrologium. Die Opfer von Gewalt und Verfolgung bei den Donauschwaben in Jugoslawien, Rumänien und Ungarn im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2016.

³ Demnächst erscheinen in einer kommentierten Neuauflage Grubers tagebuchartige Aufzeichnungen über diesen Zeitraum, die erstmalig auf Deutsch im Jahre 1986 erschienen. Vgl. Wendelin Gruber: In den Fängen des roten Drachen. Zehn Jahre unter der Herrschaft Titos. Jestetten 1986.

wichtigste religiöse Bekenntnis im Land, arbeitete eng mit dem Regime zusammen und war demnach keiner breiten Verfolgung ausgesetzt. Nahm die Kirchenhierarchie in den ersten Monaten nach der Gründung der Volksrepublik eine ambivalente Position dem neuen Regime gegenüber ein – Lobpreisung der Monarchie, Heraushaltung der Gläubigen aus politischen Streitigkeiten –, schlug der im Mai 1948 von Patriarch Justinian (1901-1977) veröffentlichte erste Band einer Sammlung von Reden eine Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat vor, und dies im Gewand einer neuen Kirchenlehre, dem sogenannten Sozialapostolat. Die Kirche sollte dabei zur „Dienerkirche des Volkes“ werden, diese Mischung aus kommunistischer Terminologie und religiösen Lehren blieb die Norm im Verlauf des Kalten Krieges. Während die orthodoxe Kirchenleitung vom Regime durchdrungen wurde, wurde die katholische Kirche mit ihrer, durch den Vatikan auferlegten Hierarchie als eine große Bedrohung für den Aufbau des Kommunismus in Rumänien empfunden. Als Folge kündigte der rumänische Staat das Konkordat mit dem Vatikan, zudem reduzierte man die Zahl der römisch-katholischen Stühle von sechs auf zwei. Auch dem zweitgrößten religiösen Bekenntnis in Rumänien, der griechisch-katholischen Kirche, wandte sich die Regierung zu: Deren Zwangsvereinigung mit der Rumänisch-Orthodoxen Kirche stilisierte die kommunistische Propaganda als Volksbewegung. Die Abschaffung sei die Freiheit des Volkes gewesen, sich mit ihrer „Mutterkirche“ zu vereinen, was nur durch den Kommunismus überhaupt erst möglich werden konnte.

Darauf ging das sich anschließende Referat von Cristian Vasile (Bukarest) näher ein, der die Rumänische griechisch-katholische Kirche besprach. Im Ausgang des 17. Jahrhunderts in Siebenbürgen konstituiert, wurde die griechisch-katholische Kirche in Rumänien 1941 ihres Metropoliten durch dessen Ableben beraubt; die kommunistische Führung sah bei der Wahl eines Nachfolgers 1946 die Möglichkeit, einen geeigneten Kandidaten durchzubringen. Scheiterte dieses Vorhaben auch, so blieb dem neu gewählten Kirchenleiter schlicht die staatliche Anerkennung versagt. Der Referent wies auf zwei Ursprünge hin, weshalb auch die rumänischen Kommunisten die Kirche letztlich liquidierten: Einmal sei man inspiriert gewesen von den Sowjetkommunisten, die die Ukrainische griechisch-katholische Kirche in Galizien bereits im März 1946 auflösten; eine weitere Erklärung liegt dem Vehikel orthodoxe Kirche inne. Die Russisch-Orthodoxe Kirche habe einen konstanten Druck auf den Patriarchen Nicodim (1864-1948) und die orthodoxe Hierarchie ausgeübt, der Plan eines orthodoxen „Commonwealth“ unter russischer Führung habe im Raum gestanden. Jedenfalls folgte die Art der Liquidierung sowjetischem Muster nach: staatliche Erklärung über die Feindlichkeit der Kirche sowie Kontaktaufnahme zu reunitionswilligen Bischöfen. Nach der offiziellen Vereinigung mit der Rumänisch-Orthodoxen Kirche blieb eine Untergrundkirche zurück, auf die der Staat mit verschiedensten Maßnahmen reagierte und die erst nach 1989 ihr Existenzrecht zurückbekam.

Der letzte Tag hielt für das Auditorium noch einen Vortrag von Sigrun Comati (Rüsselsheim) über die Situation in Bulgarien bereit. Die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche habe zunächst die von der Vaterländischen Front gebildete Regierung unterstützt, obgleich die VF von der Kommunistischen Partei dominiert wurde. Unter Georgi Dimitroff (1882-1949) setzten zahlreiche Verhaftungen gegen Geistliche ein, was hauptsächlich begründet lag in einer angeblichen Kollaboration mit westlichen Mächten. Von der Sowjetunion wurden jene Grundsätze übernommen, die für das Verhält-

nis von Kirche und Staat in den neuen sozialistischen Ländern Gültigkeit erlangten: Trennung von Staat und Kirche beziehungsweise Schule und Kirche. Der wissenschaftliche Atheismus wurde durch das im Jahre 1960 gegründete „Heim des Atheisten“ befördert. Die Abenduniversität der Partei besaß einen Lehrstuhl für Wissenschaftlichen Atheismus, in einjähriger Ausbildung wurden die Schüler dort auf ihre antireligiöse Tätigkeit vorbereitet. Außerdem wurden neue Ritualformen für Geburt, Namengebung, Hochzeit etc. erarbeitet, die die religiösen Riten verdrängen sollten. Andere christliche Gemeinschaften wurden gleichermaßen bedrängt, die Bulgarische griechisch-katholische Kirche wurde hingegen nicht verboten.

In der Abschlussbesprechung destillierten sich referatsübergreifend vier Punkte beziehungsweise Perspektiven heraus: Erstens die Kontinuitäten über und die Zäsur von 1945, letzteres besonders hinsichtlich der davor gemachten Erfahrungen – gemeinsamer Widerstand gegen den Faschismus, daraus resultierende Kooperationen wie Gegensätzlichkeiten auf der Ebene der Funktionseliten wie der der Angehörigen – und daraus resultierenden, sich anschließenden sozialen Handlungen. Zweitens die Motivation der Repressionsmaßnahmen und deren Gewichtungen, deren Schwerpunkte unterschiedlich liegen. Drittens die in der Historiographie vorhandene Dominanz von Dualismus zwischen Kommunismus und Religion, die gerade auch in der katholischen Theologie als unvermeidlicher „Weltanschauungskampf“ angesehen wird. Hier gilt es, jene Grautöne zu zeichnen, was inzwischen dank vorhandener Quellen möglich ist. Viertens aber auch die Perspektive, den Katholizismus in seiner Struktur und mit seinen Inhalten als „Hemmschuh für ein Durchregieren“ (Buchenau) zu sehen, als Form von (geistiger) Gegenwart.

Man darf dem Tagungsband, der sowohl Bad Kissingen als auch Ulm in sich vereinen wird, schon jetzt mit einer gespannten Erwartung entgegensehen. Der Versuch, beide Räume in zwei aufeinanderfolgenden Arbeitstagen zu berücksichtigen, stieß auf positive Resonanz des Auditoriums. Die kommende, dann 55. Arbeitstagung wird sich mit dem Jahr 1918 beschäftigen und dabei wiederum beide geographische Räume zu berücksichtigen suchen.